A6 Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale Folgen hat.

Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich sichtbarer. Diese Probleme sind vielzählig, fussen auf Vernachlässigung, mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte Gesellschaft.

1. Mangelnder Wohnraum

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende, ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen entgegenzutreten. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist aktuell unterfinanziert, was zum Innehalten von Projekten führt. Dadurch entsteht viel zu wenig geförderter Wohnraum und gleichzeitig wird immer mehr Wohngeld ausgezahlt. Das eingesparte Geld wird also an anderer Stelle ausgegeben. Neue Wohnungen entstehen so nicht, aber die Kosten sind trotzdem da, sie sind bloß anders kontiert.. Gleichzeitig muss das Land Standards für preisgedämpften Wohnraum setzen, um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-Holstein zu schaffen.

2. Mangelnde Sprachförderung

Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können, um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Hierzu fehlt ein ausreichendes Angebot, Wartezeiten sind zu lang, bürokratische Anforderungen an Sprachangebote zu hoch. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort bekommen, um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren Sprachfertigkeiten weiterzubilden.

3. Arbeitsmarkt

Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration, sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit aufnehmen können: Bürokratiearm für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander aus.

4. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen. Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen wir Prüfungen, mit denen ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch beherrscht und welche Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert werden kann, um einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne Nachqualifikation kann so ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo die beruflichen Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.

Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

5. Schulische Bildung

Unser Bildungssystem kränkelt seit langem, Schulen sind nicht mehr in einem modernen Zustand, Räume für eine angemessene Beschulung sind nicht in ausreichender Zahl verfügbar. Die Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht selbständig leisten, es braucht Land und Bund mit einem Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

6. Frühkindliche Bildung

In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge Menschen haben eine hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für Kinder von Migranten, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist vielmals das Resultat und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf Neu- oder Anbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung der Mangellage entgegenzutreten.

7. Psychotherapeutische Versorgung

Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte. Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche Plätze zu schaffen.

8. Ärztliche Versorgung

Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten. Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt berücksichtigen.

9. Kulturelle Integration

Menschen aus anderen Kulturräumen und mit einer ganz anderen Werteprägung müssen lernen und leben, dass das Grundgesetz die Grundlage unseres Zusammenlebens ist und nicht eine häufig extrem stark patriarchalisch geprägte Herkunft. Niemand hat das Recht, familiäre Regeln und kulturelle Gebräuche über das Gesetz zu stellen. Das hat vor allem auch für Heranwachsende und SuS Konsequenzen. Toxische Männlichkeit und Respektlosigkeit gegenüber Frauen sind inakzeptabel und muss klar und deutlich zurückgewiesen werden. Frauen, die unter dem Diktat einer Religion und einer stark patriarchalisch geprägten Gemeinschaft erzogen und aufgewachsen sind, müssen ihre umfassenden Rechte erkennen und leben lernen. Besonders toxische Männlichkeit von Migranten führt zu enormen Störungen in den Schulen und muss unterbunden werden.

10. Stärkung des Ehrenamts

Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln, aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw. bürokratische Hürden in der Beantragungen von Förderungen, der Anschaffung von Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

11. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei der die bei Ökonomen vergrämte Schuldenbremse als Heiligtum unserer Verfassung hochgehalten und als unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das Grundrecht auf Asyl in Frage gestellt und eine Verfassungsänderung als probates Mittel gehandelt wird. Für uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung reden, die die Probleme unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die Reform der Schuldenbremse hin zu einer investitionsoffenen, zukunftsgerichteten Schuldenregelung sein.

Mathias Schmitz, KV Pinneberg
Lukas Unger, KV Pinneberg
Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

Unterstützer*innen

Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Frank Wegener (KV Pinneberg); Marianne Elliott-Schmitz (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Carmen Brockstädt (KV Pinneberg); Ulrich Knieß (KV Pinneberg); Cord Reck (KV Pinneberg); Silke Maaß (KV Pinneberg); Katharina Kegel (KV Pinneberg); Jonas P. Proeger (KV Pinneberg); Hans-Jürgen Brede (KV Pinneberg); Beryll Winkelmann (KV Pinneberg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Dagmar Sydow-Graen (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Dörte Plautz (KV Pinneberg); Hans vom Schloß (KV Pinneberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Maike Grügelsiepe (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde)